

Nicht ohne Bedeutung sind die Beschlüsse der drei Arbeitsgruppen. Sektion I (Gesellschaft, Wirtschaft, Politik) stellte fest, daß Afrika vermutlich jener Erdteil sei, in dem sich die Verhältnisse am schnellsten verändern, so daß die Kirche ständig neu erscheinen müsse (epd, 13.9. 69). Es hieß sogar, die Kirchen müßten mit den Computern Schritt halten. Aber wie, bei dieser Zersplitterung und Abhängigkeit? Dazu sagte Sektion II (Kulturelle Revolution), eine afrikanisch interpretierte Theologie müsse christozentrisch sein. Man forderte die Einsetzung einer ständigen Studienkommission und nahm insofern die Anregung von Erzbischof Amissah auf. Merkwürdigerweise soll diese Kommission Kontakte zu den farbigen Kirchen in den USA pflegen. Das setzt neue Akzente! Außerdem wurde, nicht ohne eine gewisse Besorgnis, die Vision von Erzbischof Amissah könnte zum Synkretismus führen — ein Vorwurf, den schon Visser 't Hooft während

des Zweiten Vatikanums gegen das Religionsdekret erhoben hatte —, vor einer „einseitigen Afrikanisierung der Kirche um jeden Preis“ im Sinne Pauls VI. ausdrücklich gewarnt, damit nicht wieder heidnische Elemente in den Gottesdienst eindringen. Erzbischof Amissah präziserte selbst seine Ausführungen in einer abschließenden Pressekonferenz, auf der er sich auf eine Pluralität der Ausdrucksweisen der einen universalen christlichen Theologie zurückzog, in ähnlichem Sinne.

Dagegen machte sich Sektion III (Erneuerung der Kirche) die These von Amissah zu eigen, „daß sakramentale Abendmahlsgemeinschaft bei besonderen Anlässen und unter kirchlicher Aufsicht zulässig ist, entweder zum Zeichen bereits erreichter Einheit oder als ein Mittel, solche Einheit zu erreichen bzw. ihr näherzukommen“. Ein ausdrücklicher Dank an die Missionare nahm der Tagung zuletzt viel von ihrer ursprünglich polemischen Schärfe.

Anschuldigungen und umfangreiche Verhaftungswellen unter den beteiligten Bauern und Landarbeitern versucht die Regierung die Auflösung dieser Selbsthilfeorganisationen zu erzwingen (vgl. Noticias Aliadas, 30. 8. 69). Auf dieser Ebene liegt wohl auch die Kündigung eines Vertrages seitens der Regierung mit der paraguayischen Caritas, der es bislang erlaubt war, ausländische Agrarüberschüsse und sonstige Nahrungsmittel zu importieren und unter den benachteiligten Bevölkerungsschichten zu verteilen. Offenbar sehen Regierungskreise darin jetzt eine gefährliche Propagandaaktion, nicht zuletzt zugunsten der christdemokratischen Oppositionsgruppen (vgl. NC News Service, 11. 7. 69). Auch mehren sich die Pressionsversuche und Verleumdungskampagnen gegen kirchliche Bildungseinrichtungen und selbst Einzelpersonlichkeiten, darunter Bischöfe.

Wie wenig sich zumindest die offizielle Repräsentanz der paraguayischen Kirche trotz dieser Pressionen — manche sprechen bereits von „offener Verfolgung“ und kündigen „Katakombenzustände“ an (Noticias Aliadas, 10. 9. 69) — bislang hat einschüchtern lassen, bezeugt ein von den Bischöfen unterzeichnetes und Anfang September an alle Abgeordneten des Parlaments gesandtes Schreiben (Text in Noticias Aliadas, 10. 9. 69). Der Episkopat setzt sich darin mit einem Gesetzesentwurf auseinander, den Stroessner dem Parlament am 1. August zugeleitet hatte. Dieser Proyecto de Ley mit dem sinnigen Titel „Gesetz zur Verteidigung der Demokratie und der politischen und sozialen Ordnung des Staates“ setzt nach den Wünschen des Generals so ziemlich alles außer Kraft, was in einem Grundrechtskatalog als Selbstverständlichkeit gilt. Die vagen Formulierungen der 24 Artikel erlauben außerdem das Verbot oder die Bestrafung aller jener Handlungen, die dem „Demokratieverständnis“ eines Militärs widersprechen, der zwar die Verfassungsbestimmung erfüllt, katholisch zu sein, der sich aber auch, nimmt man diese Verfassung ernst, schon mindestens fünf Jahre zulang an der Macht befindet.

In diesem an Stroessners Ordnungsdenken angepaßten Dokument wird einem jeden Zuchthausstrafe von drei bis sechs Jahren angedroht, wenn er ein in diesem Proyecto als

Paraguays Bischöfe kritisieren die Regierung

Seit Beginn dieses Jahres mehren sich die Meldungen aus Paraguay, daß sich dort ein ernsthafter Konflikt zwischen Staat und Kirche anbahne. Im Frühsommer warnte die Bischofskonferenz den Staatspräsidenten General *Alfredo Stroessner* vor den „unvorhersehbaren Konsequenzen“, falls die Regierung auf die Ausweisung von vier spanischen Jesuiten bestünde; diese hatten sich unter Studenten und Arbeitern sozialpolitisch engagiert, was ihnen die Militärs nach gewohnter Manier als „Subversion“ und „Castrismus“ auslegten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 294). Während des ganzen Sommers unterstützte die Kirche ganz offiziell Jugend- und Studentenproteste gegen willkürliche Verhaftungen und politische Unfreiheit, und namentlich die halbkirchenamtliche Wochenzeitung „Comunidad“ machte sich zum Sprachrohr der Kritik an den bestehenden Verhältnissen. In jenen Monaten wurde auch von Kirchenbesetzungen berichtet, gegen die Einheiten der politischen Polizei aufgeboden wurden. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen und brutalen Ausschreitungen gegen Demonstranten seitens der Ordnungskräfte. Pressezensur und Überwachung der

für das Ausland arbeitenden Agenturen waren so erfolgreich, daß erst Monate später Einzelheiten von diesen Vorfällen bekannt wurden (vgl. den Bericht von *J. Fonseca* in NC News Service, 30. 7. 69). Der Kirche wird dabei auch von ganz links angesiedelten, ihr indifferent oder gar feindlich gegenüberstehenden Gruppierungen bestätigt, daß sie sich eindeutig gegen die Unterdrückungsmaßnahmen gestellt und für die politisch Verfolgten, gleich welcher politischen Provenienz, nach Kräften eingesetzt habe. Gegenwärtig muß man jedoch befürchten, daß die Kirche nicht mehr lange „die einzige Oppositionskraft ist, die man nicht zum Schweigen zwingen konnte“ („Le Monde“, 4. 9. 69).

Pressionen und Verleumdungskampagnen

Das Regime agiert bislang noch hauptsächlich gegen bestimmte kirchliche Gruppen, vor allem gegen die Jesuiten, die Bauernligen und Kooperativen, unter denen das von allen Rechtskreisen Lateinamerikas angefeindete Programm der „*concientización*“ (Bewußtseinschaffung) durchgeführt wird. Durch politische

Vergehen bezeichnete Handlung verteidigt oder zur Mißachtung der Vorschrift aufruft (Art. 8). Der Art. 5 des Entwurfs annullierte weitgehend die Versammlungsfreiheit, wobei nicht einmal für kirchliche Veranstaltungen eine eigene Ausnahme angedeutet wird. Nach Art. 11 werden Staatsbeamte mit Entlassung und Zuchthausstrafen bis zu fünf Jahren belegt, wenn sie sich absichtlich oder durch Nachlässigkeit der Verhinderung oder Verfolgung von Delikten im Sinne dieses Gesetzes entgegenstellen. Besonders auf die ausländischen Geistlichen abgestellt erscheint der Art. 16. Um die „politische und soziale Ordnung“ zu verteidigen, dekretiert der deutschstämmige General, daß jede Bildungseinrichtung geschlossen werden wird, wenn sie nicht alle Personen aus der Leitung, dem Lehr- oder Verwaltungskörper eliminiert, die „offen oder geheim verbotenen Organisationen angehören“. Mit dem „geheim“ läßt sich ein Delikt beliebig konstruieren, darüber hinaus aber gehen alle naturalisierten Ausländer, die sich eines Delikts im Sinne dieses Gesetzes schuldig machen, der paraguayischen Nationalität verlustig und werden ausgewiesen.

Scharfe Abweisung durch den Episkopat

Die Bischöfe sehen in einem solchen Entwurf eine „schwere Bedrohung für das moralische Gewissen und die Würde der Nation“, sie appellieren deshalb an die Parlamentarier im Namen „der höchsten Interessen unseres Volkes und des Gemeinwohls der Nation“. Der Proyecto, so heißt es in aller Schärfe, sanktioniere „eine Form des totalitären Absolutismus, wie er wiederholt von den Päpsten im Namen der gesellschaftlichen Moral verurteilt worden ist“. Ein solches Gesetz „liquidiere“ eine Reihe von „allgemein gültigen, unverletzlichen und unveräußerlichen Grundrechten“, namentlich Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, das Recht auf objektive Information, auf Kritik im Rahmen demokratischen Zusammenlebens, auf passiven Widerstand gegen Willkür und Ungerechtigkeit, das Recht auf Gesetzesschutz. Die Bischöfe kritisieren ferner die harten Strafandrohungen sowie die Vagheiten des Textes, die weitere negative Interpretationen erlaubten,

ohne daß gleichzeitig eine Berufungsmöglichkeit bestehe. Sie empören sich, daß man vorgebe, die „Demokratie“ zu verteidigen, während nur ein „Absolutismus“ eingeführt werden solle. Offenbar beabsichtige die Regierung der Subversion durch „institutionalisierte Gewalt“ zuzukommen und den Frieden durch permanente Unsicherheit und Terror zu garantieren. Die Bischöfe weisen ausdrücklich auf die skandalösen Art. 20 und 21 des Entwurfs hin, nach denen der Polizei Straffreiheit zugesichert und die Aburteilung von Ordnungsvergehen „subversiver“ Art dem Einzelrichter anheimgestellt wird. Das komme einer „Legalisierung des Mordes durch Vertreter der öffentlichen Ordnung“ gleich, ja möglicherweise könne sich diese Bestimmung als Anstiftung zu Repression und Brutalität auswirken. Die Ausschaltung von Berufungsinstanzen widerspreche dem Naturrecht und der kirchlichen Lehre. Tenor und Gesamtkontext des Proyecto, betonen die Bischöfe, wollten offenbar den Immobilismus und die Nichtreformierbarkeit der in Anführungszeichen gesetzten politischen und sozialen Ordnung des Staates sanktionieren, denn jeglicher Veränderungsprozeß werde so unmöglich gemacht. Demgegenüber sei es „für das christliche Gewissen evident“, daß zur Förderung und Entwicklung (promoción y desarrollo) des Menschen in Paraguay sofortige „tiefgreifende und mutige Umwandlungen der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung“ unerlässlich seien.

Unbestimmte Zukunftsaussichten

Ähnlich wie von den Bischöfen wird der Entwurf auch von den Gewerkschaften abgelehnt. E. Máspero, Generalsekretär des christlichen Gewerkschaftsbundes in Lateinamerika (CLASC), äußerte die Befürchtung, er werde „die Repression der Arbeiter vermehren“. Er vergleicht dieses Gesetz mit argentinischen und brasilianischen Bestimmungen. „Der Faschismus“, so Máspero, „breitet sich in alarmierender Weise im Südteil des Kontinents aus und kann ganz Lateinamerika anstecken“ (nach Noticias Aliadas, 10. 9. 69). Die Diskussionen um den Gesetzesentwurf haben zur Folge, daß sich die Kirche jetzt verstärkter Angriffe und Verleumdungen ausgesetzt sieht, namentlich durch die Tageszeitung „Patria“. Bisläng allerdings bemüht

sich die regimenahen Blätter, die innerkirchliche Bewegung und das sozialpolitische Engagement als das Werk „eines winzigen Sektors der Kirche“ darzustellen, der angeblich von Camilo Torres und Erzbischof Helder Câmara (ohne hier zu differenzieren) angesteckt sei.

Diese paraguayischen Vorgänge lassen erkennen, wie nahe bei der immer wieder behaupteten politischen und wirtschaftlichen Macht der katholischen Kirche in Lateinamerika die Kirchenfeindlichkeit liegt, wenn sich die Kirche den ihr vom Staat zugeordneten Aufgaben als Stabilitätsfaktor entzieht. Man muß wohl erwarten, daß der Kirche Paraguays sehr bald ein recht enges Betätigungsfeld abgesteckt werden wird. General Stroessner, der sich früher gewiß auch auf kirchliche Kräfte stützen konnte, mag sich zugute halten, daß er seit seinem eigenen Putsch im Jahre 1954 keine Unruhe mehr hat aufkommen lassen. Aber die erreichte Ruhe geht mit einer sozialen Immobilität erschreckenden Ausmaßes konform: so sind heute noch 145 Personen die Eigentümer der Hälfte des bebaubaren Bodens von Paraguay bei einer Gesamtbevölkerung von immerhin 2,3 Millionen. Jahrelang hat die Weltpresse Stroessners Regierungsform als eine „milde Diktatur“ dargestellt, wohl teilweise mit Recht. Die in jüngster Zeit erkennbaren Oppositionstendenzen haben Stroessner veranlaßt, eine härtere Richtung einzuschlagen. Das neue Gesetz soll offenbar gründlich aufräumen.

Die Vorgänge in Paraguay zeigen ein Weiteres: Während man, zumindest von Mitteleuropa aus, die enthusiastische Aufnahme von „Populorum progressio“ in Lateinamerika und das sozialpolitische Programm des Papstbesuches und der Bischofskonferenz von Medellín recht skeptisch beurteilte und lateinischer Rhetorik und südländischem Pathos zuschrieb, kann zumindest in Paraguay eine Tiefenwirkung der kirchlichen Programmatik nicht geleugnet werden. Die Bewährungsprobe steht allerdings noch aus. Sie wird kommen, wenn es Stroessner gelingt, auch der Kirche die freie Meinungsäußerung zu unterbinden. Die offiziöse „Comunidad“ formulierte bereits recht dramatisch: „Wir atmen gegenwärtig unter einem Sauerstoffzelt und warten auf das Ende“ — der Pressefreiheit für die Kirche nämlich.